

Kronberger-Kreis-Studie: Gute Gemeindesteuern

Eine Antwort auf die leeren Kassen der Kommunen steht nach wie vor aus. Die von der Regierung eingesetzte Reformkommission konnte sich zwischen zwei Modellen, dem der kommunalen Spitzenverbände und dem der Wirtschaftsverbände, nicht entscheiden. Daraufhin legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der eher verschlechtert als verbessert: Ein wirkungsvoller Wettbewerb zwischen

den Gemeinden um Bürger und Unternehmen wird verhindert, die Gemeindegewerbesteuer wird noch konjunkturanfälliger als die bisherige Gewerbesteuer, und die föderale Verflechtung wird verschärft. Sofort brach ein Sturm der Entrüstung aus. In diesen stimmte auch die Union ein, obwohl sie sich nicht auf ein gemeinsames Gegenkonzept einigen konnte.

Alles bleibt beim alten

Trotz langer Verhandlungen zeichnet sich nun als Konsens ab, daß fast alles beim alten bleiben wird. Denn im Zentrum der Diskussion steht jetzt nur noch die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

In dieser Situation hat der Kronberger Kreis seine neue Studie „Gute Gemeindesteuern“ veröffentlicht — eine Blaupause für einen neuen Anlauf bei der Reform des Kommunal-

finanzsystems, den Bundesregierung und Bundesländer nutzen sollten.

Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf S. 5.

Leere Kassen: Die Gemeindefinanzen sind dringend reformbedürftig.

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Zur Situation in Deutschland heute: Vor der Reform ist nach der Reform — das gilt leider auch für das Gesundheitswesen.

Durchblick (S. 3, 4)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Die Stiftung hat drei „Argumente“ zur Europäischen Verfassung und eines zur Jahresbilanz der Bundesregierung veröffentlicht.

Überblick (S. 5)

Konzepte und Analysen: Das Konzept des Kronberger Kreises verlangt den Kommunen mehr Wettbewerb ab, bietet ihnen dafür aber mehr finanzielle Autonomie.

Rückblick (S. 6, 7)

Tagungen und Expertengespräche: Themen waren „Ein Jahr nach Hartz“ sowie „Berufsgenossenschaften und Wettbewerb“.

Ausblick (S. 8)

Projekte in Vorbereitung: Die Stiftung plant Initiativen und Gespräche zu den Themen Föderalismus-Reform, Gemeindefinanzen und Steuerreform.

Seitenblick (S. 3-8)

Im Spiegel der Presse: Projekte, Zitate und Gastkommentare.

Die unglaubliche Geschichte (S. 8)

Sächsische Kekse: Worum Abgeordnete sich sorgen.

Seitenblick**Financial Times
Deutschland:****Umbau
steht noch aus**

„Es besteht Einigkeit, daß ein grundlegender Umbau des Krankenversicherungssystems noch aussteht“, schreibt Johann Eekhoff, Sprecher des Kronberger Kreises, in seinem Gastkommentar in der Financial Times Deutschland (15. September 2003). Darin plädiert er für das kapitalgedeckte Modell des Kronberger Kreises mit individuellen übertragbaren Altersrückstellungen.

**Frankfurter Allgemeine:
Reformbedarf im
Gesundheitswesen**

Auch in seinem Gastkommentar für die FAZ vom 12. August thematisiert Johann Eekhoff den fortbestehenden Reformbedarf im Gesundheitswesen und verweist noch einmal klar auf die Notwendigkeit eines kapitalgedeckten Systems: angesichts der Belastung künftiger Generationen.

**Badische Zeitung:
Rürup-Kommission:
Langfristiger denken!**

Die Rürup-Kommission gibt sinnvolle Anregungen, wie die problematische Abhängigkeit der Krankenkassenbeiträge vom Lohn zu überwinden wäre, so Lüder Gerken in seinem Gastkommentar zur Rürup-Kommission (19. Juli 2003). Leider beschränke sich die Politik auf kurzfristige Abhilfe innerhalb des bestehenden Systems.

**Frankfurter Allgemeine:
Kronberger Kreis:
Sinnvolles Konzept**

Heike Göbel weist in ihrem Kommentar zur Gesundheitsreform (19. Juli) auf das wettbewerbsorientierte Konzept des Kronberger Kreises zur Gesundheitsreform hin. Es setze an entscheidenden Schwachpunkten des gesetzlichen Kassensystems an.

**Gesundheit: Nach der
Reform ist vor der Reform**

Der gerade von der Bundesregierung und der CDU/CSU ausgehandelte, 471 Seiten lange Kompromiß einer Gesundheitsreform ist noch nicht einmal in geltendes Recht umgesetzt, schon entbrennt zwischen den Beteiligten die Diskussion über die nächste Reform. Denn wie so oft in den vergangenen Jahren handelt es sich bei dem vereinbarten Konzept nur um kurzfristig wirkende Behelfsmaßnahmen, mit denen die drohende Explosion der Beitragssätze verhindert werden soll. Weder ist es gelungen, die monopolistischen Verkrustungen auf Seiten der Leistungserbringer, etwa bei den kassenärztlichen Vereinigungen, aufzubrechen und mehr Wettbewerb zwischen Ärzten, Krankenhäusern und Apothekern zu verankern (Regierungsforderung), noch wurden ausreichende Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten beschlossen (Forderung der Opposition). Die nächste Reform steht daher schon in den Startlöchern – und sie soll einen Systemwechsel mit sich bringen. Zumindest sehen das die beiden für diesen Zweck erarbeiteten alternativen Konzepte der Rürup-Kommission vor: das Gesundheitsprämienmodell und die Bürgerversicherung. Auf diese beiden konzentriert sich die gegenwärtige Diskussion.

Keine Frage, ein Systemwechsel ist erforderlich – zu groß sind die Defizite des bestehenden Systems. Bedauerlicherweise aber sind die beiden vorgeschlagenen Modelle nicht geeignet, die eigentlichen Hauptprobleme wirklich zu lösen. Denn beide Vorschläge bleiben dem Umlageverfahren verhaftet und stellen daher keine Antwort auf die demographische Herausforderung dar.

Dabei existiert ein Modell, das die richtige Antwort auf die demographische Herausforderung gibt: risikoäquivalente Versicherungsprämien mit übertragbaren, individuellen Altersrückstellungen. Risikoäquivalente Prämien bewirken einen effizienzfördernden Wettbewerb zwischen den Versicherungen, die Kapital-



deckung durch Altersrückstellungen mildert das demographische Problem. Indem man die Versicherungen verpflichtet, die individuellen Altersrückstellungen bei einem Versicherungswechsel mitzugeben, vermeidet man, daß ältere Versicherte – wie heute in der Privaten Krankenversicherung üblich – de facto ihre Versicherung nicht mehr wechseln können. Damit kann sich die Entscheidung über einen Versicherungswechsel allein an der Effizienz der Versicherung orientieren. Umverteilungsziele können und müssen außerhalb der Versicherung durch das Steuer-Transfer-System verfolgt werden. Daß ein solches System funktionieren würde, hat der Kronberger Kreis gezeigt.

Eines sollte die Politik bei der nächsten Reform beherzigen: Ein neues Kostendämpfungsprogramm kann man alle paar Jahre aus dem Boden stampfen, der erforderliche Systemwechsel ist dagegen nur einmal möglich, bevor die demographische Falle endgültig zuschnappt. Schlägt dieser Systemwechsel fehl, weil ein unzulängliches Lösungsmodell gewählt wird, fährt das System unwiederbringlich gegen die Wand. Daran sollten die Politiker denken, wenn die gesundheitspolitischen Weichen für die nächsten Generationen gestellt werden. Für parteipolitisches Taktieren bleibt kein Raum.

Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Wege zu einer europäischen Verfassung

Am 4. Oktober wurde die europäische Regierungskonferenz eröffnet, auf der die europäische Verfassung verabschiedet werden soll. Grundlage ist der Entwurf des Europäischen Konvents, der im Juli vorgelegt wurde. Völlig unklar ist derzeit, ob die Regierungskonferenz im wesentlichen den Konventsentwurf unverändert übernehmen wird, wie es die Bundesregierung fordert, oder ob wichtige Themen noch einmal diskutiert werden.

Die Stiftung Marktwirtschaft hat vor diesem Hintergrund für politische Entscheidungsträger, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit das Für und Wider in einzelnen Fragen der europäischen Verfassungsgebung beleuchtet. Unter dem Titel „Wege zur europäischen Verfassung“ wurden in der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ bislang drei Beiträge veröffentlicht:

Der erste Beitrag widmet sich dem zentralen Defizit des Verfassungsentwurfs: Weder sind wirksame Garantien für die Subsidiarität vorhanden, noch sind die Entscheidungsstrukturen deutlich effizienter als heute. Für die Union der bald 25 Staaten droht also die weitere Zentralisierung von Kompetenzen auf europäischer Ebene. Die Stiftung Marktwirtschaft schlägt deshalb wirksame Schranken gegen die Zentralisierung auf der Verfassungsebene vor: Erstens sollte ein eindeutiger Kompetenzenkatalog die Aufgaben der Union begrenzen; Art. 308 EG-Ver-

trag, der der Union die Tätigkeit auch in solchen Bereichen erlaubt, die nicht explizit als Unionskompetenzen genannt sind, sollte abgeschafft werden. Zweitens sollte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden, europäische Kompetenzen auf die mitgliedstaatliche Ebene zurückzuverlagern. Drittens ist ein eigenständiger Gerichtshof für Kompetenzfragen einzurichten.

Der zweite Beitrag rückt ein Thema in den Blickpunkt, das in der öffentlichen Diskussion bislang weitgehend übersehen wurde: die Reform der Komitologie, also des Verfahrens, mit dem in der EU über Durchführungsverordnungen entschieden wird. Hier verbessert der Konventsentwurf die institutionelle Ordnung deutlich gegenüber dem Status quo.

Der dritte Beitrag stellt die Frage, wie die Finanzierung der Europäischen Union transparenter werden kann. Zentrale Aussage dieses Beitrags ist: Eine EU-Steuer sollte nicht eingeführt werden. Sinnvoll wäre, auf der Ebene der Mitgliedstaaten die Kosten europäischer Politik offenzulegen. Z.B. könnte der deutsche EU-Beitrag als Anteil an der individuellen Einkommensteuer im Einkommensteuerbescheid oder als Teil der deutschen Umsatzsteuer auf jeder Rechnung ausgewiesen werden.

Bereits aus diesen drei Beiträgen wird deutlich, daß der Konventsentwurf sinnvolle und problematische Elemente enthält.

Wirtschaftsreformen in Zimbabwe

Wirtschaftspolitische Strategien waren Thema eines Gesprächs von hochrangigen Oppositionspolitikern aus Zimbabwe mit Wissenschaftlern der Stiftung Marktwirtschaft. Isaac Maposa, Geschäftsführer der wichtigsten Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC), und seine Mitstreiter interessierten sich vor allem für die Interdependenz zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Stiftung Marktwirtschaft warnte davor, Sozialsysteme zu etablieren, die den Wettbewerb außer Kraft setzen, negative Arbeitsanreize beinhalten und große Bürokratien erfordern. Umgekehrt stießen die Berichte der afrikanischen Politiker über die

Auswirkungen der Alterstruktur und der HIV-Epidemie auf die wirtschaftliche Entwicklung in Zimbabwe auf reges Interesse in der Stiftung Marktwirtschaft.



Angeregte Diskussion: Dr. Gerhard Schick im Gespräch mit Isaac Maposa.

Seitenblick

Börsen-Zeitung:

Reformideen für die Komitologie

„Die Stiftung Marktwirtschaft plädiert für mehr Transparenz und Bürgerorientierung in der EU-Politik und hat sechs Vorschläge zur Beseitigung der gravierendsten Defizite im so genannten Komitologieverfahren gemacht“, heißt es in einem Bericht der Börsen-Zeitung vom 21. August 2003 über die Analyse „Wege zur europäischen Verfassung II: Reformbedarf in der Komitologie“ der Stiftung Marktwirtschaft.

Impulse:

Interview zur neuen EU-Verfassung

In einem Interview mit Impulse-Redakteur Christian Plöger (August-Heft) äußert sich der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft zur neuen EU-Verfassung: „Die EU dürfte leider nicht wesentlich handlungsfähiger werden. Denn der Rat, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten mit ihren immer wieder stark konträren Interessen zusammensetzt, behält nach wie vor viel Macht. Wir werden auch weiter politische Kuhhandel zu Lasten der Bürger ertragen müssen.“

neuenachricht.de:

EU-Steuer als falscher Weg

„Eine eigenständige Steuererhebungskompetenz der EU wäre der falsche Weg, die europäische Finanzverfassung zu reformieren“, so Matthias Schmitz im Online-Portal neuenachricht.de (28. August). Er fährt fort: „Als Alternative zu einer eigenständigen EU-Steuer schlägt die Stiftung Marktwirtschaft daher vor, daß die Mitgliedstaaten die schon bisher abzuführenden Finanzbeiträge explizit auf die Bürger umlegen. Der Vorteil: Die Bürger würden transparente Informationen über die Kosten der europäischen Politik erhalten, ohne daß es zu einer Steuererhöhung käme. Vielleicht wäre das der Anfang für eine effizientere europäische Politik.“

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine:**Fliegende Adler oder Schnecken tempo?**

In seinem Beitrag vom 23. September setzte FAZ-Redakteur Nico Fickinger das Aufbruchssymbol des vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) veranstalteten Reformkongresses, drei fliegende Adler, in Bezug zur Jahresbilanz der Stiftung Marktwirtschaft: „Von Aufbruchstimmung könne jedenfalls keine Rede sein, bilanziert die Stiftung Marktwirtschaft nach einem Jahr Rot-Grün und macht dafür Klientelpolitik und taktische Manöver verantwortlich — in Regierung und Opposition.“ Sein Fazit lautet deshalb: „Ein entfesselter Bundesadler? Die Stiftung bleibt realistisch und wählt ein anderes Bild: Deutschland gehe im Schnecken tempo in Richtung Zukunft.“

Badische Zeitung:**Exportüberschüsse und „Wettbewerbsfähigkeit“**

„Im Gegensatz zu Unternehmen kann eine Volkswirtschaft nicht mehr oder weniger wettbewerbsfähig sein“, ist die Kernthese von Lüder Gerken in seinem Gastkommentar für die Badische Zeitung: „Die Mär von der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ am 16. August 2003. Denn der Irrglaube von der Wettbewerbsfähigkeit lasse eine zentrale Größe unberücksichtigt: den Wechselkurs.

In seinem zweiten Gastkommentar zu diesem Themenkomplex in der Badischen Zeitung vom 20. September unterscheidet Lüder Gerken zwischen der nicht existierenden „Wettbewerbsfähigkeit“ einer Volkswirtschaft auf den Weltexportmärkten und der Wettbewerbsfähigkeit von Standorten für Investitionen. Sein Fazit lautet: „Exportüberschüsse sind also nicht nur kein Zeichen für eine besondere Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Landes. Vielmehr können sie auch ein Zeichen für eine fehlende Wettbewerbsfähigkeit des Standortes im Ringen um Investitionen sein.“

Im Schnecken tempo Richtung Zukunft

Am 22. September 2002 wurde die rot-grüne Bundesregierung durch einen knappen Vorsprung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl in ihrem Amt bestätigt. Schon vor der Wahl hatte die Stiftung Marktwirtschaft die Problemfelder aufgezeigt, in denen politisches Handeln dringend erforderlich ist, und entsprechende Empfehlungen ausgesprochen (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 69-71).

Nach der Wahl zum Deutschen Bundestag unternahm die Stiftung eine Bewertung des Koalitionsvertrags sowie der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 73 und 74) und sicherte der Bundesregierung für die gesamte Legislaturperiode eine kritische Begleitung der Regierungspolitik zu. Das tut sie nun mit ihrer neuen Veröffentlichung „Im Schnecken tempo Richtung Zukunft“.

Enttäuschte Erwartungen

Die Stiftung stellt fest, daß den vielen, teilweise die ursprünglichen Erwartungen sogar übertreffenden Ankündigungen bisher in nur wenigen Fällen eine gesetzgeberische Umsetzung folgte. Das ist — außer auf die normale Dauer von Gesetzgebungsverfahren — zu einem Teil der Regierung und den sie tragenden Fraktionen zuzuschreiben. In vielen Punkten ging politische Energie dadurch verloren, daß angesichts der knappen parlamentarischen Mehrheit sämtliche innerparteiliche Gegner durch Kompromisse zur Unterstützung des Reformkurses gebracht werden mußten. Die Abgeltungssteuer wurde beispielsweise verschoben, vielleicht wird sie nie eingeführt.

In anderen Fällen, so bei der Gemeindefinanzreform und beim Kündigungsschutz, blieben bereits die Regierungsvorschläge deutlich hinter den Notwendigkeiten zurück.

Zum anderen Teil liegt die Verantwortung bei der Opposition. Denn über den Bundesrat kann sie wesentlichen Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen. In einer Reihe von Fällen haben Union und FDP jedoch die Möglichkeit, die unzureichende Regierungstätigkeit inhaltlich zu verbessern, nicht genutzt. Teilweise, so bei der Gesundheitsreform, bei der Novellierung der Handwerksordnung oder der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, hat die Opposition eindeutig Klientelpolitik betrieben und sinnvolle Reformen verzögert oder verhindert.

Zentrale Aufgabe der nächsten Monate ist daher neben dem Abschluß der angekündigten Reformen vor allem die Neugestaltung der föderalen Ordnung Deutschlands. Indem die Zustimmungspflicht des Bundesrats deutlich eingeschränkt und die gesetzgeberische Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern klarer abgegrenzt wird, sollte die Verantwortung zwischen Bundes- und Landespolitik sowie zwischen Regierung und Opposition wieder klarer getrennt werden. Insgesamt sind den Ländern sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Verwaltung mehr Entscheidungsspielräume einzuräumen. Das muß auch die steuerpolitischen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen umfassen. Sonst kommt es gerade bei den zentralen Reformfeldern auch weiterhin zu dem politischen Hin und Her, das für die letzten zwölf Monate kennzeichnend war.

**Kein Grund zum Feiern:**

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr enttäuschend wenig umgesetzt.

Kommunen: Mehr Autonomie wagen!



Trümmer und Ruinen: Viele Kommunen in Deutschland sind pleite. Sie benötigen dringend neue Finanzkonzepte.

Zentrales Anliegen der neuen Studie des Kronberger Kreises ist die finanzielle Autonomie der Gemeinden. Sie sollen die Möglichkeit haben, ihre Aufgaben über Gebühren und eigene Steuereinnahmen zu finanzieren, die sie in ihrer Höhe durch Hebesätze beeinflussen können. Die bisherige Einbeziehung der kommunalen Steuern in den Steuerverbund von Bund und Ländern will der Kronberger Kreis beenden: Abgeschafft werden sollen die kommunale Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen, der kommunale Anteil an der Einkommensteuer, die Gewerbesteuerumlage sowie die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer — ein wesentlicher Transparenzgewinn für alle Steuerzahler.

Drei kommunale Steuern mit Hebesatzrecht der Gemeinden schlägt der Kronberger Kreis vor:

Die Grundsteuer wird in eine reine Bodenwertsteuer umgewandelt, um die Äquivalenz zwischen Nutzung kommunaler Leistungen und Steuerbeitrag zu stärken und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Die Bürgersteuer übernimmt die Rolle des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Sie belastet die Summe der Einkünfte der Bürger und greift dabei auf eine Bemessungsgrundlage zurück, die bereits vom Finanzamt ermittelt wird.

Die Betriebssteuer als Ersatz der Gewerbesteuer erhält eine Bemessungsgrundlage, die die Wirtschaftstätigkeit

in den Gemeinden vollständig abbildet. Sie belastet die auf dem Gebiet der Kommune erbrachte Wertschöpfung. Da Investitionsausgaben die Steuerpflicht mindern, wird die Kommune faktisch zum Teilhaber an den betrieblichen Investitionen auf ihrem Territorium und trägt so das Investitionsrisiko mit. Anders als bei der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gemeindegewerbesteuer ist diese Teilhaberschaft allerdings

nicht auf das Gewinnrisiko der Eigner beschränkt. Die Betriebssteuer ist dadurch finanzierungsneutral: Die Steuer bevorzugt nicht die Fremdkapital gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung.

Mit diesen drei Steuern werden alle Nutznießer kommunaler Leistungen zu deren Finanzierung herangezogen. Im Unterschied zum Zuschlagsmodell der Wirtschaftsverbände, das die Belastung von Bürgern und Betrieben miteinander verknüpft, kann der Hebesatz der Betriebssteuer von dem der Bürgersteuer differieren. Die Kehrseite dieser Autonomie ist für die Gemeinden der interkommunale Wettbewerb, der dadurch entsteht, daß die Kosten kommunaler Leistungen von den in der Kommune ansässigen Bürgern und Unternehmen getragen werden müssen und die Steuersätze zwischen den Kommunen differieren. Bürger und Unternehmen werden daher bei der Wahl von Wohnsitz oder Standort darauf achten, daß die Steuersätze nicht zu hoch sind und daß der Steuerzahlung entsprechende Leistungen gegenüberstehen. Bei den Kommunen stößt das Modell des Kronberger Kreises daher nicht unbedingt auf Gegenliebe. Denn sie stünden in deutlich stärkerem Maße als bisher im Wettbewerb um Bürger und Unternehmen. Prestigeobjekte und Mißwirtschaft müßten dann der Vergangenheit angehören.

Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Wolfgang Franz, Wernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann, Olaf Sievert: Gute Gemeindesteuern. Studien des Kronberger Kreises, Band 40. Stiftung Marktwirtschaft, 2003, 62 Seiten.

Seitenblick

Börsen-Zeitung:

Radikal neue Ideen

„Gute Gemeindesteuern' erfordern radikal Neues“, betitelt Ulli Gericke, Börsenzeitung, seinen Beitrag zur Studie des Kronberger Kreises (7. August). Denn statt einer reformierten Gewerbesteuer oder deren Ersatz durch einen Zuschlag bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer plädiert der Kreis für den Ersatz der heutigen Gemeindesteuern durch Bodenwertsteuer, Betriebssteuer und allgemeine Bürgersteuer — die alle mit einem Hebesatzrecht der Gemeinde ausgestattet sein sollten.

Südkurier:

Ängstlich und scheu

Feige, ängstlich und scheu sei die Bundesregierung bei der Reform der Gemeindefinanzen, so das Urteil des Südkurier-Wirtschaftsredakteurs Johannes Eber am 6. August unter Verweis auf die Studie des Kronberger Kreises.

Frankfurter Allgemeine:

Fehlkonstruktionen sollten ersetzt werden

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann plädiert in seinem Gastkommentar vom 16. August für das Konzept des Kronberger Kreises: Die fehlkonstruierte Gewerbesteuer solle durch eine allgemeine Betriebssteuer auf den Produktionswert ersetzt werden, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch eine proportionale Bürgersteuer auf Basis der Summe der persönlichen Einkünfte.

Wirtschaftsdienst:

Reform, aber richtig

In seinem Beitrag „Kommunalsteuerreform: aber richtig“ (Wirtschaftsdienst 8/2003) weist Hans-Hagen Härtel auf das GemeindesteuermodeLL des Kronberger Kreises hin: „Dieser Vorschlag verdient mehr Gehirnschmalz der in der Kommunalsteuerreform engagierten Beamten und Parlamentarier.“

Seitenblick**Tagesspiegel:****Was wurde aus den großen Reformen?**

Cordula Eubel zitiert in ihrem Artikel zum Hartz-Konzept „Lohn der Arbeit“ (4. August 2003) Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft: Die Reformansätze seien trotz steigender Arbeitslosenzahlen nicht wirkungslos verpufft. „Dieses Urteil wäre unfair.“ Ihre Wirkung wirklich entfalten könne aktivierende Arbeitsmarktpolitik aber erst dann, wenn tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bayerischer Rundfunk: Arbeitslosigkeit bekämpfen mit Hartz?

Ein Fernsehbeitrag des Bayerischen Rundfunks am 17. Juli beschäftigte sich anlässlich der Tagung von Stiftung Marktwirtschaft und Hanns-Seidel-Stiftung mit den Hartz-Reformen. Fazit: Hartz kann erst der Auftakt der Reformdiskussion sein.

Bayernkurier:**Hartz-Reform: Kleiner Anfang**

Die Bilanz des Hartz-Konzepts sei „erschreckend schwach“, konstatiert Franz Niedermaier vom Bayernkurier (24. Juli) in seinem Text zur Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hanns-Seidel-Stiftung. Experten und Politiker seien sich einig gewesen, daß die Reform nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sei.

Börsen-Zeitung:**Ans Arbeitsrecht!**

Im Gastkommentar in der Börsen-Zeitung stellte Lüder Gerken am 18. Juli 2003 heraus, daß die Hartz-Reformen erst dann ihre volle Wirkung entfalten könnten, wenn ergänzende Reformen stattfänden: im Arbeitsrecht, bei den hohen Leistungsbezügen für Arbeitslose und bei den Lohnnebenkosten.



Diskussion zum Thema „Hartz“: Prof. Dr. Norbert Berthold, Moderator Ernst Hebeker und Dr. Norbert Bensele.

Löst Hartz unsere Probleme?

Kaum ein Thema beschäftigt die Menschen in unserem Land derzeit mehr als die Misere auf dem Arbeitsmarkt. Als die sogenannte Hartz-Kommission vor gut einem Jahr ihre Vorschläge zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit und zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorlegte, knüpfte daher nicht nur die Bundesregierung hohe Erwartungen an die Wirksamkeit der Reformvorschläge. Bereits in den ersten Monaten nach der Wahl wurde ein Teil der Vorschläge medienwirksam umgesetzt. Doch halten die Hartz-Reformen auch das, was die Politiker vor und nach der Bundestagswahl vollmundig versprochen hatten? Diese Frage stellte die Stiftung Marktwirtschaft in das Zentrum der Tagung „Von der Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigungspolitik“, die in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung am 17. Juli in München stattfand.



Engagierte Rednerin: die bayerische Staatsministerin Christa Stewens.

abgestimmt werden, daß ein sinnvolles Gesamtbild entsteht. Eine umfassende Deregulierung des verkrusteten Arbeitsmarktes muß mit wirklichen Strukturformen des Gesundheitssystems, der Pflegeversicherung, der Rentenversicherung sowie der sozialen Grundsicherung Hand in Hand gehen.

Nur so können die Rahmenbedingungen für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit geschaffen werden. Zum anderen müssen die Tarifparteien anerkennen, daß sie – und nicht nur die Politik – auf dem Wege der Lohn- und Tarifabschlüsse entscheidenden Einfluß auf die Beschäftigungssituation nehmen.

Referenten und Moderatoren

- Dr. h.c. Alfred Bayer, Hanns-Seidel-Stiftung
- Dr. Marc Beise, Süddeutsche Zeitung
- Dr. Norbert Bensele, Mitglied der Hartz-Kommission
- Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg
- Ernst Hebeker, Münchner Merkur
- Margaret Heckel, Financial Times Deutschland
- Dr. habil. Lüder Gerken, Stiftung Marktwirtschaft
- Prof. Dr. Jürgen Jerger, Universität Regensburg
- Mr. dr. Willem G. M. Plessen, Randstad Groep
- Hans Spitzner, bayerischer Staatssekretär für Wirtschaft
- Christa Stewens MdL, bayerische Staatsministerin für Arbeit
- Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster
- Dr. Ulrich Walwei, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Referenten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zogen ein Jahr nach der Vorlage des Hartz-Berichts ein erstes Zwischenfazit. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß die bisherigen Reformen bei weitem nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Denn eine noch so effiziente Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit kann kein Ersatz für beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen sein.

Daher sind jetzt vor allem zwei Dinge wichtig. Zum einen müssen die verschiedenen Reformbemühungen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungen so aufeinander

Wettbewerb für die Berufsgenossenschaften



Auf dem Podium: Dr. habil. Lüder Gerken (Stiftung Marktwirtschaft), Prof. Dr. Richard Giesen (Universität Gießen), Prof. Dr. Volker Rieble (Universität Mannheim), Prof. Dr. Siegfried Blasche (WIPOG) und Prof. Dr. Gerd Habermann (ASU).

„Mehr Mut zum Wettbewerb“, diese Devise galt in den vergangenen Jahren für viele ehemalige Monopole, z.B. Stromversorger, Post, Telekommunikation und Bahn. Nur die gestzliche Unfallversicherung hat in der bisherigen Reformdiskussion kaum Beachtung gefunden. Doch inzwischen mehren sich insbesondere von mittelständischen Unternehmen die Klagen gegen diese staatlich vorgegebene Zwangsversicherung.

Deshalb haben die Stiftung Marktwirtschaft und die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V. (Wipog) die Monopolstellung der Berufsgenossenschaften einer kritischen Analyse unterzogen – bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 17. September 2003 in der IHK Frankfurt a.M. Moderator war Prof. Dr. Gerd Habermann von der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Dr. Wolfgang Lindstaedt, Hauptgeschäftsführer der IHK, begrüßte die Gäste.

„Hauptmerkmal der gesetzlichen Unfallversicherung ist das Fehlen jeglichen Wettbewerbs“, kritisierte Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Einführung. „Es gibt keine volkswirtschaftlichen Argumente für eine staatlich geschützte, monopolistisch orga-

nisierte Zwangsversicherung“. Weder der Aufgabenzuschnitt der Berufsgenossenschaften noch politische Umverteilungsziele könnten zur Rechtfertigung herangezogen werden.

Auch Unsinn kann rechtens sein

Die beiden weiteren Referenten, Prof. Dr. Volker Rieble (Universität Mannheim) und Prof. Dr. Richard Giesen (Universität Gießen), setzten sich aus juristischer Perspektive kritisch mit dem Monopol der gesetzlichen Unfallversicherung auseinander. Während Rieble befürchtete, daß das gegenwärtige Monopol der Berufsgenossenschaften trotz seiner Wettbewerbsfeindlichkeit vor dem Europäischen Gerichtshof Bestand haben könnte – „auch Unsinn kann rechtens sein“ – war Giesen optimistischer: „Es besteht Hoffnung, daß die Luxemburger Richter auf den Pfad der Vernunft zurückkehren. Auch in anderen Fragen haben sie schon ihre Meinung geändert.“ Die Referenten waren sich jedoch darin einig, daß die Berufsgenossenschaften dem Wettbewerb und seiner effizienzfördernden Wirkung ausgesetzt werden sollten. Denn, so Prof. Dr. Siegfried Blasche, Geschäftsführer der WIPOG in seinem Schlußwort: „Monopole sind Synonyme für Ineffizienzen, überhöhte Preise und mangelnde Innovationsfähigkeit.“

Seitenblick

Focus-Money:

Weniger künstliche Beschäftigung

„Das Niveau der künstlichen Beschäftigung ist nach einem Gipfel im vergangenen Herbst mit 1,151 Millionen fast wieder auf den längerfristigen Durchschnitt des Zeitraums Januar 2000 bis Mai 2002 (1,146 Millionen) abgesunken“ greift Focus-Money in der Ausgabe vom 21. August die regelmäßige Analyse der Stiftung Marktwirtschaft zur aktiven Arbeitsmarktpolitik auf.

Capital:

Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Auch Nikolai Kreitl von Capital (21. August) bezieht sich auf die von der Stiftung Marktwirtschaft durchgeführte Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im Beitrag kommt Guido Raddatz, Arbeitsmarktexperte der Stiftung Marktwirtschaft, zu Wort: Die verstärkte Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen für ältere Arbeitslose sei aus Sicht der Arbeitsämter ein „elegantes“ Instrument, die Arbeitslosenzahlen „etwas weniger dramatisch aussehen zu lassen.“

Frankfurter Allgemeine:

Rückgang ist zu begrüßen

Die Bundesregierung hat ihre Aktivitäten zur aktiven Arbeitsmarktpolitik im Juli geringfügig zurückgenommen, heißt es in einem Artikel von Andreas Mihm zur Arbeitsmarktanalyse der Stiftung Marktwirtschaft vom 7. August 2003.

Main Post:

Wege zu mehr Arbeitsplätzen

Provokant ist nach Ansicht der Main Post das Buch „Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut“, welches bei der Stiftung Marktwirtschaft erschienen ist: „Ein Buch, das unbequeme Thesen vertritt, aber auch mit lieb gewordenen Tabus aufräumt.“

Seitenblick**Rheinischer Merkur:****Manager machen mobil**

Immer mehr Initiativen, Think tanks und Stiftungen treiben die Modernisierungsdebatte voran, konstatiert Markus Schöneberger in seinem Artikel vom 31. Juli 2003. Darin nennt er auch die „Stiftung Marktwirtschaft, die als ordoliberaler Think tank Zukunftskonzepte entwickelt“ und zitiert Lüder Gerken mit dessen persönlichem Rat an den Kanzler: „Ein Geheimnis Ihres Erfolges war bisher ein untrügliches Gespür für Stimmungen. Hören Sie auch jetzt auf Ihr Gefühl — es wird Ihnen sagen, daß die Menschen in Deutschland viel mehr Reformmut haben als ihre Politiker glauben.“

PR Report:**Gute Absichten**

Chan Sidki-Ludius und Peer Brockhöfer beschäftigen sich in ihrem Beitrag für die August-Ausgabe mit Reforminitiativen. „Ich begrüße es, daß in jüngster Zeit weitere Reforminitiativen entstanden sind“, wird Lüder Gerken zitiert. Denn die Stiftung Marktwirtschaft erreiche längst nicht alle Menschen. Doch nun sei es angesichts der sensibilisierten Bevölkerung wichtig, daß den vielen schönen Worten konkretes Handeln folge, sonst drohe eine Übersättigung.

RheinPfalz:**Für die Streichung der Eigenheimzulage**

In einem Interview mit der Rheinpfalz, das Frank Eichhorn führte, hat sich Lüder Gerken für „die ersatzlose Streichung der Eigenheimzulage“ ausgesprochen. Diese Subvention erreiche nicht ihr Ziel, das Bauen erschwinglicher zu machen, sondern habe vor allem die Preise für Bauland und Häuser in die Höhe getrieben, sei also auf die Konten von Grundbesitzern und Bauhandwerk geflossen, zitierte Eichhorn den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

Föderalismus-Kommission: Chancen nutzen!

Am 16. Oktober soll eine neue Föderalismus-Kommission eingesetzt werden. In dieser sollen Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie eine Reihe von Wissenschaftlern Vorschläge für eine Entflechtung der föderalen Ordnung entwickeln. Diese Chance muß unbedingt genutzt werden, um die Reformfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

Die Entflechtung der föderalen Ordnung ist jedoch nur durch eine Reihe von Änderungen im Grundgesetz möglich und erfordert deshalb Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Schon jetzt zeichnet sich eine Gefahr ab, die typisch für solche

All-Parteien-Gespräche ist: Jede Seite schließt vorab bestimmte Reformelemente kategorisch aus, so daß allenfalls ein Minimalkonsens möglich wird.

Die Stiftung Marktwirtschaft wird in den nächsten Wochen Entscheidungsträger auf allen föderalen Ebenen für eine grundlegende Reform des deutschen Föderalismus zu gewinnen suchen. Insbesondere soll darauf hingearbeitet werden, daß Kompetenzen im Steuerrecht und im Wirtschaftsrecht dezentralisiert werden. Bislang steht das nicht auf der Tagesordnung der Föderalismus-Kommission.

Neuer Anlauf für die Gemeindefinanzreform?

In den nächsten Wochen stehen im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat die Verhandlungen zur Gemeindefinanzreform auf der Tagesordnung. Derzeit zeichnet sich allenfalls ein kurzfristiges Reförmchen ab, das die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu justiert. Eine Strukturänderung ist nicht geplant. Die Stiftung Marktwirtschaft wird versuchen, der festgefahrenen Reformdiskussion neuen Schwung zu geben, und einen neuen Anlauf auf der Grundlage des Konzepts des Kronberger Kreises propagieren.

Vorziehen der Steuerreform

Bei einer Anhörung im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages wird Dr. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, am 8. Oktober als Sachverständiger zum geplanten Vorziehen der Steuerreform Stellung nehmen.

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
verantwortlich: Dr. habil.
Lüder Gerken, Vorstand
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

Die unglaubliche Geschichte**Sächsische Kekse**

Mit welchen abstrusen Dingen sich unsere Volksvertreter zuweilen beschäftigen, zeigt eine kleine Anfrage von Heiko Hilker, Abgeordneter der PDS im Sächsischen Landtag:

„Bei Besprechungen in der Staatskanzlei werden manchmal Kekse gereicht. Diese sind meist einzeln verpackt. So das Butter-Blätter-Gebäck einer Firma aus Krefeld oder das Kaffeegebäck der Hack-Gruppe.

1. Warum werden in der Staatskanzlei nicht auch sächsische Kekse, z.B. Wurzener Kekse, gereicht?

2. Haben nach Auffassung der Staatsregierung einzeln verpackte Kekse eine bessere Ökobilanz als Kekse aus Sammelpackungen?“

Die Sächsischen Staatskanzlei antwortete darauf mit folgenden Zeilen:

„1. In der Staatskanzlei werden gelegentlich Kekse zum Tee oder zum Kaffee gereicht, wenn längere, intensive Verhandlungen stattfinden. Dabei werden Kekse aller Art geboten, manchmal die einzeln verpackten Kekse einer Firma aus Krefeld, manchmal auch Wurzener Spekulatius oder Hansa-Kekse. Sächsische Kekse sind also auch dabei.

2. Die Ökobilanz wurde vor Erwerb der Kekse nicht ermittelt.“